

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Oktober 1918

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Seite; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Zeitungsanzeigen 60 Pf. die Seite. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 125

Die monatlichen Bezüge des „Korrespondent“, vor allem aber die Nichtabonnenten, werden freundlichst ersucht, in ihrem eignen Interesse sofort bei der Post aufzugeben, damit die nächsten Monatsgebühren zum Schluß des Monats eintrifft. Der „Korrespondent“ kostet monatlich nur 22 Pf., vierteljährlich 65 Pf. Jeder Kollege muß ihn unbedingt lesen!

Neubestellungen

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Ernährungswirtschaft: Keine Eröffnung von Waldow? — Robert Schmidt — Dr. August Müller. — Calwers Menechel an die neue Regierung. — Ernährungsstreik der Agrarkonservativen gegen die Parlamentarisierung und Demokratisierung? — Zum öffentlichen Anschlag empfohlen! — Ein Radikalmittel gegen die Ernährungsnot? — Die Ernährungswirtschaft, ihre Mängel und deren Beseitigung. — Der Doh und Gemüsehändler. — Der Bankrott in Milch, Butter und Käse. — Eier, Verjüngung.
Handbuch: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmenswerte Beispiele. — Ferien — Erhöhung der Vergütungen für amtliche Beamtungen. — Preiswucher mit Schulbüchern. — Zur Papierlieferung. — Frisches Nahrungsmittel. — Zeure Briefmarken.
Werkstatt für die Vermittlung von Kriegsbeschädigten durch das Carlamt.

Ernährungswirtschaft

Keine Eröffnung von Waldow?

Die große Umgruppierung in den Regierungsämtern kehrt einen der wichtigsten und sehr umbelegungsbedürftigsten Posten meiden zu wollen: Waldow soll bleiben, weil man keinen andern Mann für diese höchst fragwürdige Erbschaft finden kann. Batacthi hat sich höflich bedankt, unter viel schlechteren Verhältnissen die Leitung des Kriegs-ernährungsamts — dessen Erhebung zum Reichs-ernährungsamts bei der sonst so mannigfaltigen Neuordnung der Dinge keine Rolle zu spielen scheint — wieder zu übernehmen. Wer könnte ihm, den vor einem Jahr agrarische Abneigung zu kürzen verstand, das verargen? Eine andre Person mit Eignung findet sich auch nicht, folglich mußte Waldow dem wiederholten Ersuchen des Reichskanzlers entsprechend sein Entlassungsgesuch zurückgeben, weil „ein Wechsel in der Leitung des Kriegs-ernährungsamts zu Störungen führen könnte, welche bei der gegenwärtigen ernsten Lage nicht erträglich wären“, wie es in einer Pressenotiz heißt.

Würde es nicht richtiger und dem vom neuen Reichskanzler in seiner zweiten Reichstagsrede hervorgehobenen Anspruch auf Klarheit angepaßter sein, wenn man die Belassung von Waldow in seinem Amt als eine den Agrariern gemachte Konzession auslegt? Der Liberagrariar Calwer hat sich bereits schirmend vor den Schutzgeist der junckerlichen Volksausbeuter gestellt, wobei man für die Störungen im Ernährungssektor ganz allgemein zu einleitenden Erklärungen kommt.

Eröbden: es soll nicht sein! Die Verbraucherinteressen dürfen nicht länger mehr als nachberechtigt angesehen werden. Es ist geradezu Demagogie von dem Sozialdemokraten Calwer, wenn er immer wieder von Benachteiligung und Ausnahmebehandlung der Landwirtschaft spricht. Die Herren Agrarier müssen es erfahren, daß ihre Benachteiligung auf allen Gebieten ein Ende hat. Das deutsche Volk darf sich Herrn v. Waldow nicht länger gefallen lassen, weil das geschworenen Feinde der Demokratie zu der Annahme verleiten müßte, sie läßen noch im Sattel und könnten dem Volk auf nur zu bekannte Weise ihre Macht noch spüren lassen. Das es unter Waldow gar zu arg die schlechte Ebene hinabgegangen ist, weiß mehr, als es in den sachlichen Schwierigkeiten liegt, ist ein hier schon oft erörtertes Sündenkapitel. Soll das Volk wieder Zutrauen gewinnen, muß ein-ander Mann her, dem es nicht am wichtigsten mangelt: an Vertrauen! Müllers Kollege, der Edel v. Braun, soll sich auch die Reifelegitimation ausstellen lassen.

Robert Schmidt — Dr. August Müller.

Der demokratische Durchbruch, von dem ja bestimmt zu reden ist, auch wenn er noch der Vollständigkeit bedürftig ist, hat zu einem Mißakord geführt. Schmidt ist als Unterstaatssekretär in das Kriegsernährungsamt berufen worden, während Müller aus dem Kriegsernährungsamt in das Reichswirtschaftsamt hinübergewechselt

ist. Das war wider die Abrede, wie aus einer geharnischten Erklärung des „Korrespondenzblattes“ (Nr. 42) hervorgeht. Die Generalkommission wollte Schmidt in das Reichswirtschaftsamt haben; es hieß ja auch vordem, daß er für diesen Posten ausersehen sei. Die sozialdemokratische Fraktion hat aber diesen Protest nicht berücksichtigt, und die Reichsleitung folgte ihrem Vorschlage.

Das ist ein eigenartiger Streif, und schön ist er auf keinen Fall. Wenn es im „Korrespondenzblatt“ noch heißt, Dr. Müller habe „in seiner bisherigen Tätigkeit sich als Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen erwiesen und vielfach in Widerspruch mit den Arbeiterinteressen gehandelt“, so wird damit zum erstmalig öffentlich ausgesprochen, was in wissenden Kreisen schon längst Auffassung war. Die Feilmännliche Korrespondenz kommentierte diesen schweren Vorwurf dahin, daß damit mehr Müllers vorherige Tätigkeit in der Leitung des Genossenschaftswelns gemeint sei. Wir glauben aber, Müllers Amtierung im Kriegsernährungsamt läßt die gleiche Beurteilung zu. In unrem Artikel „Systemwechsel auf halbem Wege“ (Nr. 117) ist darüber manches gesagt worden. Scheidemanns Ausdruck in einer Berliner Wählerversammlung am 14. Oktober:

Sozialdemokraten als Minister können nur dann dem Volk etwas nützen, wenn sie als Minister Sozialdemokraten bleiben,

ist förmlich für Müller geprägt. Er steht zu weit rechts, um diesem unbefreibaren Erfordernisse noch genügen zu können. Das ist eine ganz sachliche Bemerkung. Es ist nichts dagegen zu sagen, daß die Generalkommission die Frucht in die Öffentlichkeit erarissen hat.

Die Auswechslung dieser beiden sozialdemokratischen Unterstaatssekretäre kann sachlich aber nicht von Nachteil sein. Schmidt ist auf dem Ernährungsgebiete auf zu Hause, trifft aber leider ganz verfabrene Zustände an. Das Verbleiben Waldows und des Edlen v. Braun wird ihm das Amt noch erschweren. Er lebt sich also, um mit Scheidemann zu sprechen, ohne Badehose auf einen Amteisenhaufen; eine Annehmlichkeit, die keiner Ausmalung bedarf.

Calwers Menechel an die neue Regierung.

Wir brauchen natürlich nicht zu sagen, daß es sich um den alten Kebrreim der Aufhebung des „gewalttätigen Prinzips“ der Zwangswirtschaft handelt, und daß vieler kurzlichtige Prophet nur darin eine Besserung zu erblicken vermag. Das in Österreich ist seiner aufgelockerten Zwangswirtschaft die Hungertragödie wirklich erschütterend wirkt, steht der gefolgsame Schüler der agrarischen Doktrin einfach nicht. Es kommt also nur darauf an, wie Calwer die Mehrheitsregierung beschwört. Nämlich:

Das Volk, vor allem die Arbeiterchaft, leht grobe Hoffnungen auf die neue Regierung. Sie erwartet von ihr den Frieden, aber noch weiß mehr und stärker eine Besserung der Ernährung. Diese Hoffnung kann und wird unter der Zwangswirtschaft nicht erfüllt werden können, vielmehr wird hieraus das Abel ärger werden, mog man sich auch noch so sehr bemühen, die Zügel der Zwangswirtschaft schärfer als bisher zu straffen. Die gegenteilige Wirkung von der muß eintreten, die man mit dem schärferen Zufallen beabsichtigt. Darauf kann die neue Regierung nicht laut und deutlich genug hingewiesen werden. Was aber dann? Werden die Arbeiter, wenn sie die Erfahrung machen, daß die neue Regierung sie nicht vor dem Hunger schützen kann, ihr Vertrauen zur Volksregierung behalten, oder werden sie nicht vielmehr nach links, an die Seite der radikalen Sozialdemokraten abrüchen und die Partei der Unabhängigen stärken? Es ist nicht schwer, diese Frage zu beantworten.

Wir meinen, der glanzvollste Radikalismus nützt gar nichts, wenn keine willige Landwirtschaft vorhanden ist, die die Ernährungsplücht anerkennt. Man weiß, daß die einstmalige felerliche Erklärung des Landwirtschaftsrats, alles herzugeben, sehr richtig ergänzt wurde mit den drei Worten: an den Schlechtwandel. Es geht also nicht ohne Zwang, wenn er auch kein Allheilmittel ist, wie sich in dem hungernden Rußland mit seinen gewiß draonischen Regierungsmethoden zur Genüge gezeigt hat. Calwers Appell an die neue Regierung, von der Zwangswirtschaft abzulassen, da sonst als indirekte Folge die Partei der Unabhängigen gestärkt werden würde, mußte deshalb kurzlos an, da ihm wohl bekannt sein muß, daß von jener Seite ein weit härterer Zwang verlangt wird.

Ernährungsstreik der Agrarkonservativen gegen die Parlamentarisierung und Demokratisierung?

Der sozialdemokratische Parteivorstand bemerkte in seinem Aufrufe vom 17. Oktober auch:

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß agrarische Kreise sich Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen. Das Kriegsernährungsamt erklärte darauf, von solchen Wahrnehmungen sei ihm und den unterstellten Behörden nichts bekannt. Brotgetreide, Gerste, Hafer und auch Kartoffeln wären trotz verspäteter und erschwerter Ernte in reichlicheren Mengen angeliefert, als zu erwarten stand. Bei den vielen und hohen Anreizprämien muß das sogar selbstverständlich sein! Jedoch weiß man schon aus Sachen, daß dem nicht allgemein so ist. Die jüngst von der Amtshauptmannschaft Grimma ergangene scharfe öffentliche Verwarnung der Kartoffelsetzger, die zu den Höchstpreisen keine Kartoffeln abgeben, ist nur ein Beweis dafür; mögen auch politische Momente für diese Zurückhaltung nicht in Betracht kommen. Auch der bedenklich zunehmende heimliche Verkauf von Getreidekörnern, auf dessen Gemein-schädlichkeit eine Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft schon hinwies, spricht nicht dafür, daß die Erzeuger ablieferungsfeindlicher geworden sind.

Am 22. Oktober konnte jedoch der „Vorwärts“ den Hauptwortführer Schiele der Agrarier mit einem gegen den Parlamentarismus gerichteten Artikel in seiner „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ direkt anführen, der gegenüber der „verhüllten Diktatur des Proletariats“ auf die im Bauernrathe wurgelnde gewaltige konservative Macht und deren Waffen mit folgendem Vergleich auf die Schwere verweist:

In diesem Frühjahr wollte in der Schweiz der Generalstreik losgehen... aber siehe da, ein Wort der schweizerischen Bauernschaft vertrieb den ganzen Spuk. Die Bauernschaft erklärte, daß am ersten Tage des Generalstreiks sie die Brotlieferung einstellen würde. Dieser letzte Entschluß hat dem Volke die Ordnung erhalten. Das Brot ist die Waffe der Bauernschaft, und die Bauernschaft ist der Strikationskern für alle Kräfte der Ordnung.

Das ist doch unverhüllte Drohung mit dem Ernährungsstreik!

Wie viele mögen ebenso denken, und ist es gar zu schwer, von solcher Auffassung aus zu entsprechendem Handeln zu gelangen? Es ist sicher, daß die Umwälzung in Deutschland in den Kreisen der Agrarier die größten Widersacher hat, die eben ihre Macht und ihre Ausbeutungsfreiheit schwinden sehen. Die neue Regierung wird mit diesen bisher so einflußreichen Leuten schwere Kämpfe zu bestehen haben. Aber es muß auch dagegen ein Kraut gemacht sein.

So gewiß kein vernünftiger Mensch bei uns Verlangen nach bolschewistischen Manieren tragen wird, wenn der Terror eines Ernährungsstreiks jedoch das Maß der Leiden des Volkes noch vollmachen soll, dann dürfte sich für die vielen jeht in den Städten in Rubelstellung befindlichen Kasernenpöble wohl Verwendung finden, indem die für Schielos Methode Infiltrierenden daran von unten betrachtet werden könnten.

Zum öffentlichen Anschlag empfohlen!

Ein Staatsanwalt Dr. Nagel hat neulich in den „Düsseldorfer Nachrichten“ eine herrlichernde Ständrede denen gehalten, die der geweiene Sozialdemokrat Calwer mit aufreizender Konsequenz liebevoll in seinen Schutz nimmt. Die bemerkenswertesten Sätze sind:

Es ist eine merkwürdige und kaum fahbare Erscheinung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterchied gern, freudig und selbstverständlich sein Blut dem Vaterlande darbringt, daß weite Kreise aber ihr Gut — nicht etwa nicht zum Opfer bringen wollen, was ja doch von keinem verlangt wird —, aber ihr Gut durch vampirgleiche Ausbeutung der eignen Volksgenossen höher und höher anzuheben nicht als die erdärmteste Schande, die es ist, erkennen. Das Brot- und Bierfrage der amtlichen Höchstpreise wurde insbesondere für Obst verlangt. Der Staat aber, dem doch die Pflege der Wohlfaht des ganzen Volkes obliegt, fährt nicht etwa mit eiserner Faust dazwischen und zwingt die Pflichtvergessenen zur vaterländischen Pflichterfüllung, sondern man weicht vor ihnen zurück, fetzert die Höchstpreise und wartet, ob die Vampire sich auf Grund dieser Prämie für ihr vaterlands-

